

AROHIPPEL

Zeitung des Europäischen Bürger:innen Forums



Bertolt Brecht: *Freilich dreht das Rad sich immer weiter. Dass, was oben ist, nicht oben bleibt.* Foto: Jürgen Kräftner

AZB 4001 Basel
Europäisches Bürger:innen Forum, 4001 Basel
Die Post CH AG

UKRAINE

Roma in Transkarpatien

In der Schweiz und weiteren westeuropäischen Ländern wurde in den vergangenen Monaten über grosse Romafamilien aus der westukrainischen Provinz Transkarpatien berichtet. Diese werden als unerwünschte Nutzniesserinnen des Schutzstatus für die ukrainischen Kriegsflüchtlinge stigmatisiert, auch wenn das von den Behörden und in den meisten Medien – wohl aus Angst vor Rassismuskorrekturen – nicht ganz so grob formuliert wird.

Das Schweizer Parlament will nun den Schutzstatus nur mehr denjenigen Ukrainer:innen erteilen, die aus etwas willkürlich bestimmten Kriegsgebieten aus dem Osten und Süden der Ukraine geflüchtet sind, zu denen Transkarpatien also nicht gehört. Die transkarpatischen Roma hätten also keinen Anspruch mehr auf Aufenthalt und Schutz in der Schweiz und müssten ausreisen.

Das Europäische Bürger:innenforum (EBF) ist seit über drei Jahrzehnten in Transkarpatien tätig und kennt die dortige Situation und die Lebensbedingungen der Roma.

Besuch im Tabor¹

Die grösste Romasiedlung der Ukraine befindet sich in der Provinzstadt Mukatschewo in Transkarpatien. Vor dem Krieg lebten hier etwa

15'000 Roma, mehr als die Hälfte von ihnen in absoluter Armut. Wenn man die Hauptstrasse dieses hinter dem Bahnhof gelegenen Ghettos verlässt, stösst man auf enge, schmutzige Gassen mit schäbigen Hütten ohne Wasser und Kanalisation, Strom wird irgendwo abgezapft. Überall liegen Berge von Müll. Magere Frauen in Sandalen und – trotz allem – fröhliche Kinder fragen unsere ortsvertraute Begleiterin, welche Fremde sich hier hinein wagen.

Nun hat der Krieg dieser düsteren, abgeschiedenen Welt eine Überraschung beschert. Im Sommer 2022 flüchtete eine Gruppe von etwa 60 Roma aus der Stadt Wuhledar im Donbas und erreichte schliesslich Mukatschewo. Wuhledar wurde nach mehr als zweijährigen, für beide Seiten äusserst verlustreichen Kämpfen am 1. Oktober 2024 vollständig von

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

falls ihr die mutige Predigt der amerikanischen Bischöfin Mariann Budde am interreligiösen Dankesgottesdienst zu Ehren des Neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika in der Nationalkathedrale in Washington nicht gehört habt, kann ich sie Euch nur wärmstens empfehlen – allen, ob gläubig, atheistisch oder agnostisch.

Mariann Budde bat Trump, Mitleid zu haben mit den «Menschen in unserem Land, die jetzt Angst haben». In amerikanischen – demokratischen und republikanischen – Familien gäbe es «schwule, lesbische und transgender Kinder; manche von ihnen fürchten um ihr Leben». Weitere Kinder hätten Angst, dass ihnen bei den geplanten Abschiebungen, ihre Eltern weggenommen würden. Menschen ohne Papiere seien nicht kriminell, sondern Nachbarn. «Wir alle waren einst Fremde in diesem Land.»

Trump reagierte natürlich pikiert auf diese Predigt und liess verlauten, dass künftig Menschen ohne Papiere auch in Schulen und Kirchen festgenommen werden dürfen. Trumps Vorgänger Joe Biden hatte das verboten. Die Massenabschiebungen (anhand einer «Deportationsliste») haben, wenn Ihr diese Zeilen lest, bereits begonnen.

Hoffentlich gibt es viele so mutige Menschen wie Frau Budde in Amerika, um gemeinsam eine Widerstandsbewegung gegen die faschistoide Politik Trumps, Musks und Konsorten bilden zu können!

Constanze Warta

der russischen Armee erobert. Heute ist sie eine Geisterstadt, die nur aus Ruinen besteht. Die Roma von Wuhledar waren in ihrer Heimat gut integriert, sie sind gebildet und vergleichsweise wohlhabend. Manche führten eigene kleine Unternehmen.

Rada Kalandiia ist mit ihrem Mann Edvard, einem aus Abchasien geflüchteten Georgier, ihrer 15jährigen Tochter und weiteren Familienmitgliedern gemeinsam mit dieser Gruppe aus Wuhledar nach Mukatschewo geflüchtet. Der Vater von Rada hat sich sein ganzes Leben für die Rechte der Roma im Donbas eingesetzt und Rada führt dieses Engagement fort. Bei ihrer Ankunft in Transkarpatien war sie von den Lebensumständen der hiesigen Roma schockiert. «Für mich war es unvorstellbar, dass Roma im 21. Jahrhundert so leben. Es könnte das 15. Jahrhundert sein!»

Chirikli

Mit Unterstützung der ukrainischen Romafrauenorganisation Chirikli, der sie angehört, sowie einer tschechischen Organisation, konnte sie mit einigen einheimischen Mitstreiterinnen ein grösseres Gebäude anmieten.² Rada verfolgt eine klare Strategie, um die Bewohnerinnen dieses Slums Schritt um Schritt aus dem Teufelskreis der Misere zu befreien. Die meisten dieser Roma sind Analphabetinnen. Rada hat keine Hoffnung, die Erwachsenen zu beeinflussen, sie zählt auf Bildung und Erziehung der Kinder. Die meisten von ihnen haben nie eine Schule besucht, und kennen auch elementare Grundregeln der Hygiene nicht. Radas Mitarbeiterin, die Juristin Tetiana ist nicht Roma, sondern stammt aus der ungarisch-jüdischen Bevölkerung von Mukatschewo. Sie erzählt von zehnjährigen Kindern, die erschrecken und sich vor dem Wasser verstecken, wenn sie zum ersten Mal in ihrem Leben unter einer Dusche stehen. Im Zentrum «Romodrom» am Rande des Ghettos lernen die Kinder aber auch, dass es nützlich

ist, die Uhrzeit und den Wochentag zu kennen. Ein weiteres Problem ist, dass diese Roma ihre ursprüngliche Sprache «vergessen» haben. Viele von ihnen sprechen ausschliesslich ungarisch, was bei Behördengängen, bei einem Arzttermin und eventuell bei der Arbeitssuche natürlich auch ein Problem ist.

Um sich auf den Herausforderungen der Misere des Mukatschewer Romaghetts zu stellen, braucht es viel Mut und unerschütterliche Zuversicht, und vielleicht noch wichtiger, eine grosse Zuneigung zu diesen Menschen. All dies spürt man beim gemeinsamen Besuch sehr deutlich, aber auch die nötige Portion Realismus.

Tuberkulose und Hunger sind weitverbreitet. Ebenso Wucher, den reichere Roma gegenüber den Ärmsten schamlos ausüben. Mikrokredite von 1000 Hryvna müssen nach einem Monat mit 1'800 Hryvna beglichen werden. Als Pfand hinterlassen sie ihren Pass oder die Geburtsurkunde, ohne die die kinderreichen Familien ihre Sozialhilfe vom Staat nicht empfangen können.

Um die Eltern zu motivieren, ihre Kinder in die Nachmittagsschule zu schicken, damit sie lesen, schreiben und rechnen lernen, verteilt Chirikli nach Möglichkeit humanitäre Hilfe, Lebensmittel und Hygieneartikel. So haben sie das Vertrauen der Familien gewonnen und wir haben Jungen und Mädchen gesehen, die ganz offensichtlich Spass daran hatten, ihre Aufgaben in ihre Hefte zu schreiben. Eine Lehrerin aus der nahegelegenen öffentlichen Schule kommt dafür jeden Tag in das Zentrum. Gaspar, ein Freiwilliger und vergleichsweise wohlhabender Roma kocht für diese Kinder in der Schulkantine, für viele Kinder ist dies die einzige Mahlzeit, die sie am Tag bekommen. Ausserdem kocht er mindestens einmal im Monat auf offenem Feuer in der Strasse einen riesigen Kessel Bograsch, der hiesigen Variante von Gulasch und versorgt damit bis zu 1000 Personen.

Das Team von Chirikli hilft den Roma von Mukatschewo auch im Kampf gegen die Diskriminierung. Ohne Unterstützung einer gebildeten Person ist es für diese sehr schwierig, zum Beispiel einen Pass, eine Heirats- oder Geburtsurkunde zu bekommen; häufig werden unrechtmässig Schmiergelder gefordert. Ebenso ist der Zugang zu den städtischen Gesundheitsdiensten sehr eingeschränkt. Auf der anderen Seite haben die Roma meist keine Ahnung von ihren Rechten als Bürgerinnen und Bürger der Ukraine.

Andere Probleme der Roma sind hausgemacht. Aus Tradition heiraten die Mädchen bereits, wenn sie kaum in der Pubertät sind und bekommen ihre ersten Kinder als Teenagerinnen. Verhütungsmittel sind auch unter den Erwachsenen kaum verbreitet und werden von vielen Männern immer noch abgelehnt. Rada Kalandiia hat bereits mehrere Dutzend Frauen, die sich diesbezüglich helfen lassen wollen eine konkrete Unterstützung zukommen lassen – nicht immer im Wissen ihrer Männer.

Die Aussichten

Wir teilen die Überzeugung von Rada Kalandiia, dass Hilfe für die Roma von Transkarpatien nicht von aussenstehenden Organisationen verwaltet und verteilt werden sollte. Das Europäische Bürger:innenforum hat Chirikli bereits spontan für die Einrichtung eines kleinen Frauenzentrums unterstützt und möchte diese Hilfe nach Möglichkeiten in Zukunft ausbauen. Ausser materieller Unterstützung ist aber auch massiver Druck auf die staatlichen Behörden nötig, um die Diskriminierung der Roma zu durchbrechen.

Jürgen Kräftner, EBF Transkarpatien

1. Tabor heisst eigentlich einfach «Lager», in der Ukraine ist damit aber klar eine Romasiedlung gemeint.

2. Diese Miete steht allerdings auf wackligen Füßen, da sich die tschechische Organisation nicht langfristig engagieren möchte.



Endlich können die Kinder im Tabor zur Schule gehen. Foto: Jürgen Kräftner

Hilfe durch Kunst und Therapie

Seit 2023 unterstützen wir aktiv die Organisation von «Art-Camps» in Transkarpatien (Ukraine).¹ Das sind Jugendlager, in denen Kinder und Jugendliche sich anhand verschiedener Kunstformen begegnen und frei ausdrücken können. Die jungen Menschen lieben diese Treffen, fühlen sich verstanden und gestärkt, knüpfen neue Freundschaften und gewinnen an Resilienz, die für sie lebensnotwendig ist.

In den fast elf Jahren seit dem Ausbruch der kriegerischen Handlungen in den östlichen und südlichen Regionen der Ukraine hat sich die Realität für die junge Generation erheblich verändert. Bewusste junge Menschen aus den Oblasten Donezk und Luhansk, die ihre Zukunft nicht unter der russischen Besatzung gesehen hatten, verliessen die Region bereits 2014. Für diese Menschen sind die Erinnerungen an ihre Kindheit und Jugend im Donbass sehr wertvoll. Und selbst jetzt, nach einem Jahrzehnt Leben in anderen Regionen der Ukraine oder im Ausland, versuchen sie, regelmässig an die Orte zurückzukehren, wo sie aufgewachsen sind. Für die Zehntausenden von Jugendlichen, die weiterhin in den lebensbedrohlichen Regionen der Ukraine leben, ist die Entscheidung zu bleiben keine persönliche Entscheidung. Sie wird aufgrund einer Reihe von Umständen getroffen, die von der familiären und finanziellen Situation abhängen. Auch sind ihre Eltern nicht immer bereit, ein neues Leben ohne jegliche Gewissheit von Stabilität und Sicherheit an einem neuen Ort zu beginnen. Diese Jugendlichen leben weiterhin unter den Bedingungen, die ihnen die «moderne» Realität diktiert: Online-Schulbildung, minimale Sozialisierung. Hinzu kommen erschöpfte Eltern, die nicht immer die Ressourcen haben, um ihre Kinder zu verstehen und emotional zu unterstützen.

Projekte im Gästehaus

2019 wurde Nailya Ibragimova, die zuvor im Osten in der Region Luhansk gelebt und Freiwilligenarbeit geleistet hatte, Teil des Teams der Longo-mai-Kooperative im Dorf Nischnje Selischtsche und Mitglied des EBFs. Seitdem veranstaltet unser Team regelmässig Camps für Kinder aus den Frontgebieten in den Räumen des Gästehauses «Sargo-Rigo» (dt. Pirol). Dieses von uns mitgegründete Gästehaus, ein umgebautes ehemaliges Schulgebäude, dient uns für verschiedenste Projekte mit den Geflüchteten – mit Kindern und Erwachsenen aus den Kriegsgebieten – und ist ein gemeinsames Projekt von aktiven Dorfbewohner:innen.

Nach einem Treffen mit zwei jungen Frauen aus Donezk, Mar-

garita Kurbanova und Maria Surzhenko, begannen wir die Arbeit der zivilgesellschaftlichen Organisation «Base_UA» und vor allem deren Art-Camps für Jugendliche im Alter von 13-16 Jahren zu unterstützen. Bei diesen Projekten handelt es sich um 10- oder 14-tägige Camps für 18 Teilnehmer:innen, in denen die Jugendlichen mit Hilfe von offenen und sehr proaktiven Trainer:innen und Mentor:innen die Möglichkeit haben, in eine andere Realität einzutauchen – über Themen zu sprechen, die für sie relevant sind, ihre Stärken und Schwächen durch die Kunst zu offenbaren, neue Freundinnen und Freunde zu finden und ein Gefühl von Selbstvertrauen zu entwickeln. Durch Theater, Singen, Mimik, plastische Kunst, Malerei, Tanz, aber auch durch viel Bewegung in der Natur können die jungen, zumeist traumatisierten Menschen ihre Gefühle ausdrücken, die sie in den meisten Fällen vor ihren Eltern aus Rücksicht verbergen. Das Team dieser Horitsvit-(Horizont) Artcamps wird im Februar das 14. Camp abhalten. Diese Camps finden, je nach Jahreszeit, an verschiedenen Orten in Transkarpatien statt.

Wer an einem Camp teilnehmen möchte, muss ein Bewerbungsformular einreichen; es bewerben sich jedes Mal viel mehr Kinder als Plätze zur Verfügung stehen. Die Organisator:innen versuchen, diese dann bei der nächsten Auswahl soweit es geht zu berücksichtigen. Die Camps sind für die Teilnehmer:innen – Teenager aus gefährlichen Regionen der Ukraine – völlig kostenlos. Unsere Unterstützung und diejenige von anderen Hilfsorganisationen ist daher sehr wertvoll. Und die Rückmeldungen der Kinder und ihrer Eltern nach dem Besuch des Camps sind ein deutlicher Hinweis darauf, dass ihnen diese Erfahrung Auftrieb und Hoffnung für ihre Zukunftsplanung gibt und ihnen das Gefühl vermittelt, von Erwachsenen mit ähnlichen Erfahrungen unterstützt zu werden.

In der Jugendherberge

Eine weitere Initiative von uns – in Zusammenarbeit mit der Kooperative Longo mai und ihren Kolleg:innen im Dorf Nischnje Selischtsche – sind die Camps in der Jugendherberge im Dorf, an denen, je nach Ausrichtung des Camps, verschiedene Gruppen von Kindern und verschiedene Trainer:innen teilnehmen. Für dieses Jahr haben wir vier solche Camps geplant: ein Camp für Mütter mit Kleinkindern, die in den Jahren 2022 und 2023 geboren wurden, ein Kunstcamp

für Jugendliche zwischen 13 und 16 Jahren, ein Theatercamp für Teenager (zwischen 15 und 18 Jahren) und ein Camp mit Schwerpunkt auf der Vermittlung von Foto- und Videokunst für Jugendliche. Wir werden über diese Camps gerne immer wieder im Archipel berichten.

Seminar zur psychischen Gesundheit

Aber auch sehr viele Erwachsene sind durch die Kriegssituation traumatisiert. Millionen von Frauen, Männern und Kindern in der Ukraine leben tagtäglich mit den emotionellen und psychischen Auswirkungen des Krieges. Müdigkeit, Leid, Verlust von Angehörigen, Schwierigkeiten im Alltag sowie die Unberechenbarkeit der russischen Aggression nagen an den Seelen der Menschen. Doch wie so oft bei bewaffneten Konflikten stehen psychologische Hilfe und die Unterstützung von Leidenden nicht an erster Stelle, denn bei Hunderten von Frontverletzten pro Tag gibt es immer Dringenderes zu tun. Doch alle in der Ukraine sind sich darüber im Klaren, dass unabhängig vom Ausgang des bewaffneten Konflikts, Millionen von Menschen Hilfe benötigen werden, um sich eine Zukunft aufbauen zu können. Der Bereich der psychischen Gesundheit ist in der Ukraine keine Priorität für die Regierung, obwohl es auch hier eine Reihe staatlicher Initiativen gibt. In ländlichen Regionen wie Transkarpatien, wo wir seit über dreissig Jahren tätig sind, besteht auch weiterhin ein starkes Misstrauen gegenüber der Psychiatrie, die immer noch als stark hierarchisch und autoritär angesehen wird. Die Last der Bürokratie und eines psychiatrischen Systems, das in der Vergangenheit vielfach auf Einsperren und Kontrolle setzte, ist noch nicht ganz verschwunden.

Glücklicherweise gibt es auch zahlreiche private und assoziative Initiativen. In solch einem Rahmen organisieren wir in diesem Frühjahr zum zweiten Mal ein Seminar über psychische Gesundheit in Nischnje Selischtsche. Wir möchten den verschiedenen Berufsgruppen, die mit Menschen in Kontakt stehen, die von dem derzeitigen Krieg in der Ukraine betroffen sind, einen Raum für Reflexion, Schulung und Ressourcenbeschaffung bieten. Der Workshop wird von befreundeten Psycholog:innen und Psychiater:innen aus der Schweiz und Frankreich geleitet, die über eine solide Erfahrung in der Arbeit sowohl mit Geflüchteten als auch in Kriegsgebieten verfügen. An dem Workshop werden Ukrainer:innen, die interne Geflüchtete aufgenommen haben, und Psycholog:innen, Psychiater:innen sowie Allgemeinmediziner:innen aus Transkarpatien teilnehmen, die mit vielen traumatisierten Menschen konfrontiert sind. Wir hoffen, auf diese Weise professionelle Supervisions- und Begleitungslinien zu schaffen, die später auch online fortgesetzt werden können. Ziel ist es auch, die Zahl der ausgebildeten Ansprechpartner:innen vor Ort zu erhöhen.

Olga Zubyk und Paul Braun

¹ Siehe Archipel Nr. 331, Dezember 2023: «Ukraine: Art-Camps für Kriegskinder».



Zuflucht für subsaharische Frauen

Seit einigen Jahren unterstützt das Europäische Bürger:innen Forum finanziell und personell ein Team in Marokkos Hauptstadt Rabat, das migrantische Frauen und ihre Kinder aus Subsahara-Afrika in Zufluchtsstätten aufnimmt und begleitet.

Nach einigen administrativen und zwischenmenschlichen Schwierigkeiten beschloss ein Teil des Teams von ARCOM (der Verein, der diese Heime gegründet hat), einen neuen Verein zu gründen, um sich von der alten Struktur unabhängig zu machen. Dieser neue Verein heisst «Assistance aux Migrant·es pour l'Intégration» (AMI).¹ Das Team von AMI betreibt heute drei Wohnheime, von denen zwei vom Europäischen Bürger:innen Forum finanziert werden, in Zusammenarbeit mit dem Verein «Maroc Solidarité Médico Sociale», abgekürzt MS2.

MS2 wurde 2016 in der Stadt Oujda gegründet, welche die am häufigsten benützte Drehscheibe für die geflüchteten Menschen in Marokko darstellt. Hier kommen sie aus allen Teilen Afrikas und manchmal sogar aus Asien, um sich der Mittelmeerküste zu nähern – meistens in der Absicht, nach Europa zu gelangen. MS2 verfolgt das Ziel, «allen gefährdeten Personen oder Bevölkerungsgruppen Hilfe und Unterstützung (medizinisch, sozial, wirtschaftlich) zukom-

men zu lassen». Aufgrund der umfangreichen Erfahrung und der Qualität seiner Arbeit hat dieser Verein inzwischen die Mittel erhalten, um zwei Zentren zu eröffnen, eines in Rabat und ein weiteres in Marrakesch. So hat der neu gegründete Verein AMI die Möglichkeit erhalten, in den Räumlichkeiten von MS2 aufgenommen zu werden und von dessen täglicher Beratung zu profitieren. Diese Tatsache erhöht die Qualität des Fachwissens in Bezug auf die Begleitung der schutzsuchenden Frauen substantiell.

Seit über einem Jahr haben sich die Beziehungen zwischen Europa und Marokko via Spanien verstärkt. Marokko führt unermüdlich repressive Massnahmen durch, um die Migrant:innen von der Weiterreise nach Europa abzuhalten. Dies zeigt sich in den Strassen von Rabat, wo sich immer weniger Menschen aus Subsahara-Afrika aufhalten und die kleinen Geschäfte, die ihr Überleben gesichert hatten, fast vollständig verschwunden sind. Die Menschen verstecken sich in der Erwartung, eine Überfahrt oder eine Legalisierung zu finden,

was aber Jahre dauern kann. Infolgedessen haben die Vereine und Organisationen, die sie unterstützen, immer mehr Anfragen, aber auch immer mehr Schwierigkeiten, eine Finanzierung zu finden.

Für die Geflüchteten, die sich in Marokko niederlassen möchten, wird die Möglichkeit eines Aufenthaltsrechts immer komplizierter oder sogar unerreichbar, sodass sie in der Illegalität landen. Die Folgen sind bekannt.

Wie immer sind es Frauen und Kinder, die am meisten unter dieser Situation leiden. Sie sind äusserst verletzlich, weil es keine staatlichen Zufluchtsorte gibt, wo sie sich in Sicherheit bringen könnten. Das Team von AMI setzt daher alles daran, so viele Frauen und Kinder wie möglich aufzunehmen, zu beraten und zu betreuen, wobei die Zahl der verfügbaren Plätze leider begrenzt ist. Das ganze Jahr über bemühen sich Freiwillige und Mitarbeiterinnen von AMI darum, Finanzmittel für die Heime zu beschaffen, weil es materiell nicht einfach ist, diese offen zu halten. Die Nachfrage übersteigt immer noch die verfügbaren Plätze und wenn wir könnten, würden wir gerne eine vierte Zufluchtsstätte eröffnen. Die Herausforderung besteht darin, einerseits die langfristige Finanzierung zu sichern und andererseits Neues angehen zu können. Die Zeiten werden immer härter, und dieses Projekt ist notwendiger denn je.

Marie

¹ Unterstützung von Migrant:innen für die Integration



Gedenken und handeln

Auf Initiative der Familien der Getöteten und Verschwundenen vom 6. Februar 2014 wird alljährlich die «Commémor Action»¹ auf verschiedenen Kontinenten durchgeführt. Hier berichten wir über die Geschichte dieses Tages sowie speziell über die Gedenkaktionen und die Situation der Migrant:innen in Briançon an der französisch-italienischen Grenze.

Am 6. Februar 2014 versuchten mehr als 200 Menschen von der marokkanischen Küste aus, schwimmend in die spanische Enklave Ceuta zu gelangen. Als sie nur noch wenige Dutzend Meter vom Tarajal-Strand entfernt waren, setzte die spanische Guardia Civil Aufstandsbekämpfungsmittel ein, um sie daran zu hindern. Weder die Guardia Civil noch die anwesenden marokkanischen Soldaten leisteten den Menschen, die vor ihren Augen ertranken, Hilfe. Auf der spanischen Seite wurden 15 Tote geborgen, Dutzende weitere sind verschwunden, die Überlebenden wurden zurück-

geschickt und einige kamen auf der marokkanischen Seite ums Leben. Seitdem wird jedes Jahr an diesem Tag auf Initiative der Familien der Getöteten und Verschwundenen eine sogenannte «Commémor Action» durchgeführt. Sie wollen die Erinnerung an ihre Angehörigen wachhalten, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung fordern und dafür kämpfen, dass die Migrationspolitik der reichen Länder aufgehört, Tausende von Menschen zu töten.

Seit nunmehr elf Jahren findet jeweils am 6. Februar in vielen Städten Europas, Afrikas und sogar an der Grenze zwischen den

USA und Mexiko eine solche Gedenkaktion statt. Im Jahr 2024 (zum zehnten Jahrestag) wurden insgesamt 55 Veranstaltungen in 17 Ländern notiert. Die Schiffbrüche wie am 13. Juni 2023 vor Pylos in Griechenland mit mehr als 600 Toten oder wie in Süditalien, im Ärmelkanal oder vor den Kanarischen Inseln sowie die vielen Vermissten in der Wüste bringen immer mehr Menschen dazu, sich mit diesen Familien zu solidarisieren, und das nicht nur in den Grenzregionen.

Gedenkaktion in Briançon

An der französisch-italienischen Grenze in den Alpen, wo seit 2018 zwölf Menschen gestorben oder verschwunden sind, begingen wir diesen Jahrestag in der Stadt Briançon mit Debatten, Informationsaustausch, Theater- und Konzertabenden und dem Bau einer Gedenkstätte. Das Ganze dauerte zehn Tage, und Hunderte von Menschen mobilisierten

sich während unterschiedlichen, sich gegenseitig ergänzenden Zeiten. Dieser Zusammenhalt der verschiedenen solidarischen Akteur-innen hat unsere Entschlossenheit gestärkt, die Region zu einem aufnahmefreundlichen Gebiet zu machen – reich an unterschiedlichen Ansätzen und Handlungsweisen seiner Bewohner-innen. Diese Tage waren auch eine klare Antwort auf die Versuche des rechtsgerichteten Bürgermeisters, uns zu spalten. Denn er würde gerne zwischen den anerkannten Vereinen und den informelleren Komitees, zwischen den «guten humanitären» und den «gefährlichen autonomen», einen Keil treiben.

Derselbe Bürgermeister liess übrigens am Tag nach der Gedenkaktion im Stadtrat über den Kauf eines Allradfahrzeugs abstimmen, um es der Grenzpolizei gratis zur Verfügung zu stellen, so als ob es dieser an Mitteln fehlen würde. Er beschloss also, einen Teil der städtischen Gelder für den «Schutz» der Grenze zu verwenden, obwohl diese gar nicht durch sein Gemeindegebiet verläuft, sondern weiter oben in den Bergen bei Montgenèvre. Andererseits betont er jedes Mal, wenn wir ihn auf die schwierige Situation der neu ankommenden Schutzsuchenden ansprechen, dass die Migrationspolitik und die Notunterbringung ausschliesslich in die Zuständigkeit des Staa-

tes fielen und nicht Sache der Gemeinde seien.

Die Gedenkstätte, die in der Nähe der Asfeld-Brücke an der Durance errichtet wurde, wo der letzte Vermisste ertrunken war, wurde von sehr vielen Menschen besucht, mit Blumen geschmückt und verteidigt. Es handelte sich um einen «Cairn»², eine kleine Steinpyramide, die normalerweise dazu dient, sich in den Bergen zu orientieren, mit einer integrierten Holzskulptur, welche die Aufschrift «Mémorial aux mort-es des frontières» (Denkmal für die Grenztoten) trug und 12 Gedenktafeln mit den Vornamen, Geburts- und Todesdaten aller vor unserer Haustür verschwundenen Personen beinhaltete. Nach zwei Monaten liess die Stadtverwaltung das Denkmal von den technischen Diensten der Gemeinde zerstören – unter dem Vorwand, dass wir keine Genehmigung beantragt hätten. Was würde man wohl dazu sagen, wenn eine Gruppe, die einer bestimmten Denkrichtung angehört, ein Kriegerdenkmal zerstören würde? Ausserdem sind Bergpfade und Strassenränder übersät mit kleinen Denkmälern, die an die Menschen erinnern, die dort gestorben sind, ohne dass jemand daran denkt, sie zu entfernen. Sind manche Leben wertvoller und verdienen mehr Respekt als andere? Oder war die Inschrift, die an die Verantwortung des Staates für diese Tragödien erinnert, zu verstörend?

Plötzliche Hoffnung

Wir schöpften jedoch auch neue Hoffnung: Der französische Staatsrat und der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) hatten in einer Entscheidung vom 4. Februar 2024 nach jahrelangen Verfahren die Einreiseverweigerung an den Binnengrenzen für rechtswidrig erklärt. Wir glaubten, dass dies das Ende der Toten, Verletzten und Traumatisierten in unserem Berggebiet sein würde, welches – zwar in viel kleinerem Massstab – zu einem Friedhof wie das Meer und die Wüste geworden war. Und tatsächlich änderte sich die Vorgehensweise fast neun Monate lang: Die Migrant-innen wurden zwar angehalten oder festgenommen, aber nach Feststellung ihrer Identität, ihres Herkunftslandes und der Abgabe ihrer Fingerabdrücke wieder freigelassen. Dies war ein wesentlicher Fortschritt, obwohl deren Recht auf Beantragung von Asyl immer noch nicht respektiert wurde. Der Zugang zu Dolmetschern war ihnen verwehrt, es kam zu keiner Anhörung, und niemand wurde über seine Rechte informiert. Wir möchten betonen, dass es in diesem Zeitraum viel weniger Verletzte gab, aber nicht mehr Ankünfte als in den Vorjah-

ren. Diese Tatsache widerlegt die berühmte Theorie, dass eine Sogwirkung entstünde, sobald es keine Abschottung mehr gäbe. Und diejenigen, die uns vorwerfen, wir würden die Migrant-innen durch einen solidarischen Empfang dazu verleiten, über Briançon zu gehen, möchten wir daran erinnern, dass es auch in Modane und Ventimiglia viele Durchreisende gibt, wo aber keine entsprechenden Aufnahme-Strukturen wie das hiesige «Refuge solidaire» existieren.

Doch nur eine Atempause

Die Atempause dauerte leider nur wenige Monate. Eine sogenannte «Harmonisierung der Massnahmen» führte nicht etwa dazu, dass an allen anderen Binnengrenzen die Entscheidungen des Staatsrats und des EuGH eingeführt bzw. respektiert wurden, sondern hatte zur Folge, dass die Grenzpolizei in Briançon die Einreiseverweigerungen wieder aufnahm, die an den anderen Grenzübergängen übrigens nie aufgehört hatten. Die Migrant-innen sind erneut gezwungen, über abgelegene und gefährliche Routen zu reisen, nachts und im Schnee, um den Kontrollen der Grenzpolizei zu entgehen. Es sind nicht die Berge an sich, schlechte Wetterbedingungen oder unüberlegte Risikobereitschaft, die sie in Gefahr bringen, sondern das Vorgehen der Grenzpolizist-innen, die von einer immer repressiveren Migrationspolitik gesteuert werden. Heute befürchten wir wieder Unfälle und Todesfälle und haben deshalb die solidarischen Bergtouren («les maraudes») wieder aufgenommen, um in Not geratene Menschen zu retten. In diesem Zusammenhang möchten wir daran erinnern, dass wir niemanden «durchschleusen». Alle, die ankommen, haben bereits die Balkanroute hinter sich oder die Wüste und das Meer durchquert, wurden auf dem Weg gefoltert oder vergewaltigt, insbesondere in Libyen, haben bereits viele andere Grenzen autonom überschritten und brauchen niemanden, der ihnen hilft, um mit der Kraft und Entschlossenheit weiterzumachen, die sie bis jetzt getragen hat. Wir wenden lediglich die Regeln der Risiko-Minimierung an und versuchen, die Menschen in den Bergen zu finden, bevor sie erfrieren, sich verirren oder von einem Felsen stürzen. Dabei handelt es sich um die elementarste Solidarität in einem Gebiet wie in den Bergen, wie sie praktiziert werden muss. Ähnlich ist es in der Wüste oder auf dem Meer.

Tote an den Grenzen

Wir verwenden den Begriff «Tote an den Grenzen», der aber nicht nur auf die Grenzen zutrifft, denn zu den Menschen, die auf der Reise ihr Leben verloren haben, könnten wir noch die Todesfälle durch Suizid oder mangelnde medizinische Versorgung in den Abschiebegefängnissen oder Lagern sowie alle Opfer von rassistischen und fremdenfeindlichen Verbrechen hinzufügen. Wir sollten auch all jene erwähnen, die ein Kind, einen Bruder, eine Mutter, einen Freund vor ihren Augen verloren haben, manchmal sogar mehrere, und die nun zwar am Leben sind, aber ohne ihre Angehörigen und für immer traumatisiert.

Am 6. Februar dieses Jahres versuchen wir, den Cairn wieder aufzubauen. Die Holzskulptur und die Gedenktafeln, die wir bewahren



Denkmal an der Durance. Hier ertrank der letzte Vermisste.

konnten, werden darin eingemauert, und er wird an einem öffentlichen Ort stehen, wo er wieder von Hunderten von Menschen besucht und mit Blumen geschmückt werden kann, egal ob diese auf der Durchreise sind oder speziell dafür kommen. Denn obwohl Menschen hier ihr Leben gelassen haben, ist dieses Gebiet sowohl im Sommer als auch im Winter ein Spielplatz für Tausende von Urlauberinnen, welche die Grenze mehrmals täglich auf Skiern, mit dem Mountainbike oder zu Fuss überqueren, ohne dabei im Geringsten behelligt zu werden. Welch ein Widerspruch!

Der Ski-Ort Montgenèvre, der stolz auf seine grenzüberschreitenden Pisten ist, soll bei den Olympischen Winterspielen 2030 auch Schauplatz von alpinen Wettkämpfen sein. Es bleibt abzuwarten, nach welchen Kriterien die Grenzpolizei während dieser Zeit kontrollieren wird. Auf den Skipisten und Wanderwegen, die für Spaziergängerinnen markiert sind, werden auch Zeichen von den Helferinnen gesetzt, um den Schutzsuchenden den richtigen Weg ins Tal zu weisen. Ausserdem hinterlassen die Migrantinnen absichtlich Spuren in Form von «verlassenen» Klei-

dungsstücken, um denjenigen, die nach ihnen kommen, die Richtung zu zeigen. Die Markierungen, die von den Helferinnen angebracht wurden, werden von wem auch immer systematisch verwischt, aber danach unermüdlich wiederhergestellt. Die Kleidungsstücke, die verloren scheinen, werden unter dem Vorwand der Säuberung der Natur eingesammelt, nicht ohne gegen diese «Ausländerinnen» zu wettern, die nichts respektieren. Diese wenigen Stoffetzen verschmutzen die Umwelt jedoch weitaus weniger als die Geländewagen und Schneemobile, die von den Grenzern eingesetzt werden, um die Migrantinnen immer weiter und höher zu jagen. Die Verwischung ihrer Spuren trägt vielmehr zu ihrer Unsichtbarmachung bei und ermöglicht die Leugnung der menschlichen Dramen, die sich an unsehrn Toren abspielen.

Die Realität sichtbar machen

Wir beherbergen und pflegen weiterhin die in Not geratenen Menschen, sammeln Zeugnisaussagen, dokumentieren Rechtsverletzungen und klagen vor Gericht, und zwar über alle Parteigrenzen hinweg und mit demselben

Ziel vor Augen. Es geht darum, die Realität sichtbar zu machen: Grenzen töten – damit finden wir uns nicht ab. Das ist der Sinn der «Commémor'Action», der Verschwundenen zu gedenken und im Alltag dafür zu kämpfen, dass jeder Mensch, egal woher er kommt, sich gleichberechtigt mit den Menschen der reichen Länder frei bewegen kann.

Die Stadt Briançon und ihre Umgebung müssen ein Gebiet sein und bleiben, das einen menschlichen Empfang für Geflüchtete gewährleistet. Dafür setzen wir uns gemeinsam ein. Der Kampf des Dorfes Riace in Kalabrien mit seinem Bürgermeister Mimmo Lucano, der heute Mitglied des Europäischen Parlaments ist, gibt uns ein Beispiel dafür. Und die viele Unterstützung, die wir erhalten, verpflichtet uns dazu, beharrlich weiterzumachen. Wir danken allen dafür.

Anne Gautier

Tous Migrants und Médecins du Monde

1. Alle Informationen auf der Website www.commemoraction.net

2. Cairn (von Schottisch-Gälisch), gebräuchlich v.a. auf den Britischen Inseln und in Frankreich = Steinmal

SYRIEN

Rojava in der Schwebe

Nach der Euphorie über den Sturz des Diktators Baschar al-Assad befindet sich die autonome Region im Nordosten Syriens im Ungewissen. Ihre Autonomie und ihr politisches System sind durch den Regimewechsel und die anhaltenden Kämpfe gefährdet.

In Syrien weht ein Wind der Freiheit nach fünf Jahrzehnten Diktatur unter dem Assad-Regime – Vater und später Sohn. Dreizehn Jahre Kämpfe, 6 Millionen ins Ausland Geflüchtete und 7 Millionen Binnenvertriebene (bei einer Bevölkerung von 21 Millionen) waren der kolossale Preis dafür. Seit dem Sturz von Baschar al-Assad am 8. Dezember 2024 herrscht jedoch Jubel: Familien, die durch den Krieg getrennt waren, werden wieder zusammengeführt, die Gefangenen befreit und Vermisste gefunden. Für andere überwiegt die Not, wenn es darum geht, die Massengräber zu öffnen und eine erschreckende Bilanz der Vernichtungspolitik des Regimes gegen seine Gegnerinnen zu ziehen.

In der autonomen Region im Nordosten Syriens, in der 4 Millionen Menschen und der Grossteil der kurdischen Bevölkerung des

Landes leben, ist die Euphorie über den Sturz Assads von Angst überschattet. «Seit mehr als 25 Tagen fliegen jeden Tag Hunderte von Granaten durch den Himmel über unserem Dorf», erzählt uns Abu Dalshir¹ am Telefon mit vor Angst erstickter Stimme.

Sein Dorf steht unter Beschuss von bewaffneten Gruppierungen, die von der Türkei² unterstützt werden und den Sturz Assads nutzen, um in den Osten Syriens vorzudringen. Für Abu Dalshir gibt es keinen Zweifel: «Diese Angriffe zielen darauf ab, die Kurdinnen und Kurden aus ihrem Gebiet zu vertreiben.» Seine Angst wird in der autonomen Region im Nordosten Syriens – besser bekannt als Rojava³ –, die sich von Syriens Grenzen zum Irak und zur Türkei bis zu den Ufern des Euphrat erstreckt, weitgehend geteilt. Die Menschen in Rojava befürchten,

dass das seit zehn Jahren bestehende demokratische System dem Sturz von Baschar al-Assad zum Opfer fallen könnte.

Anerkennung aller Gemeinschaften

Während des Bürgerkriegs nutzte die Region, die von einem Mosaik aus arabischen, kurdischen, syrischen, armenischen und yezidischen Gemeinschaften bewohnt wird, die militärische Schwächung des Assad-Regimes, um sich eine zunehmende Autonomie mit einer ganz besonderen demokratischen Regierungsform zu erkämpfen. Doch dieses Experiment der Selbstverwaltung scheint mehr denn je auf Bewährung zu sein.

Seit 2013 wird der Nordosten Syriens von der «Autonomen Administration Nord- und Ostsyrien» nach einem originellen Modell der dezentralisierten Demokratie, dem demokratischen Konföderalismus, regiert. Unter diesem Modell, das darauf angelegt ist, jeder Gemeinschaft ein Höchstmass an Autonomie zu garantieren, ist das Gebiet in «Gemeinden» aufgeteilt, die sich lokal selbst verwalten. Die Schlüsselpositionen werden von einem männlich-weiblichen Zweiergespann besetzt, wodurch eine repräsentative Parität gewährleistet wird. Unter der Ägide der Autonomieverwaltung hat der Nordosten Syriens sein eigenes Rechtssystem und seinen eigenen Lehrplan entwickelt. Er wurde zur einzigen Region des Landes, in der Kurdisch und Neuarabisch neben Arabisch als offizielle Sprachen anerkannt wurden – eine echte Revolution in einem Land, in dem

120.000 Kurd:innen 1962 vom syrischen Staat die Staatsbürgerschaft entzogen worden war. Dieses demokratische System wurde von Abdullah Öcalan entwickelt, einem der inhaftierten Führer der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) – einer in der Türkei entstandenen kurdischen Guerilla, die in ihren Anfängen marxistisch-leninistisch war. Die PKK übte während des Bürgerkriegs – von 2011 bis heute – einen erheblichen militärischen Einfluss im Nordosten Syriens aus und trug zur Schaffung der Autonomieverwaltung bei.

Druck von Aussen

Dies erklärt Ankaras feindselige Haltung gegenüber dem syrischen Autonomiegebiet: Nach Ansicht der Türkei stellt dieses eine rückwärtige Basis der PKK und eine Bedrohung für ihre Sicherheit dar. Für das Erdogan-Regime ist dieses Gebiet ein Experimentierfeld der PKK, wo diese daran sei, ihre politischen Ideen umzusetzen, was dazu führen würde, dass auch bei den Kurd:innen in der Türkei neue Autonomiegelüste aufkämen. Ankara bombardiert regelmässig die Stellungen der «Syrischen Demokratischen Kräfte», des bewaffneten Arms der Autonomieverwaltung, sowie deren Territorium. Heute ist die Autonomie des syrischen Nordostens mehr denn je bedroht – zunächst in militärischer Hinsicht: Einige der bewaffneten Fraktionen, die Assad während des gesamten Krieges bekämpft haben, werden von Ankara finanziell und militärisch unterstützt. Diese Gruppierungen nutzen nun die Niederlage des Regimes, um in Richtung Nordosten vorzurücken. Anfang Januar dieses Jahres belagerten sie Kobane, eine Märtyrerstadt, die 2015 in letzter Minute von kurdischen Kämpfer:innen vor dem Islamischen Staat (IS) gerettet worden war.

Auf politischer Ebene steht die autonome Region unter starkem Druck, sich wieder in ein vereintes Syrien einzugliedern. Ahmad al-Sharaa, der Anführer der Gruppe Hayat Tahrir al-Sham (HTS)⁴, der seit dem Sturz Assads neuer Herrscher über Damaskus ist, möchte die militärischen Fraktionen des Landes so schnell wie möglich wieder vereinen. «Diese neue Regierung ist legitimer als das Assad-Regime», erklärt Thomas Schmidinger, Politologe, Professor an der Universität Wien und Autor mehrerer Bücher über die kurdische Geschichte: Die Autonome Administration sieht sich daher einem grösseren Druck ausgesetzt, sich wieder vollständig in den syrischen Staat zu integrieren.» Die Geschichte der Beziehungen zwischen der Autonomieverwaltung und der HTS sowie ihren Verbündeten ist seit Beginn des Bürgerkriegs jedoch turbulent. Viele Revolutionäre, die gegen das Assad-Regime gekämpft haben, werfen den Kurden vor, während des Krieges mit ihm zusammengearbeitet zu haben: Ab 2013 überliess ihnen Assad zahlreiche Stellungen im Nordosten, um seine Kräfte gegen die Rebellen im Zentrum des Landes zu konzentrieren. Mehrfach musste sich die Autonomieverwaltung

anschliessend dem syrischen Regime oder seinen Verbündeten annähern, um ihr Überleben unter dem Druck Ankaras zu sichern. Die Kommunikation der Autonomieverwaltung mit der HTS hat sich seit dem Sturz des Regimes zwar etwas verbessert – sehr zum Leidwesen der Türkei und ihrer militärischen Helfer –, aber die beiden verfolgen nicht die gleichen politischen Ziele.

Interne Revolten

Schliesslich ist die Autonomieverwaltung mit dem Risiko interner Revolten konfrontiert, da ihre Bilanz nach einem Jahrzehnt an der Macht mehr als gemischt ist. Zwar haben die Vertretung von Frauen und die Rechte von Minderheiten dank des demokratischen Konföderalismus zweifellos Fortschritte gemacht. Aber hinter den «offiziellen politischen Strukturen der Autonomieverwaltung, die dem föderalistischen Modell entsprechend gut folgen, ist dies in den anderen Machtzentren – Wirtschaft oder Militär – nicht unbedingt der Fall», erklärt Thomas Schmidinger. Mehr als die Autonomieregierung entscheiden die Kader der herrschenden Partei und die Führung der «Syrischen Demokratischen Kräfte» über Schlüsselthemen. Letztere haben während des Krieges Übergriffe gegen Oppositionelle, Journalist:innen und Zivilist:innen begangen (z.B. Beschlagnahmung ihres Eigentums). In den arabischen Gebieten der Provinz Raqqa oder Deir-e-Zor, wo einige Stämme wiederholt gegen die Autonomieverwaltung rebelliert haben, hat sich angesichts dieser Missstände ein spürbarer Groll entwickelt.

Die HTS-Gruppe plant nun, einen «nationalen Dialog» einzuleiten, um eine neue Verfassung zu entwerfen. «Die Autonomieverwaltung möchte daran teilnehmen», erklärt Leila Karaman, Ko-Vorsitzende des höchsten politischen Gremiums der Autonomen Administration: «Wir sind für den Dialog zwischen den Syrerinnen und Syrern, mit den Nachbarländern, mit allen politischen Parteien und Kräften, und mit der Übergangsregierung in Damaskus.»

Die Kurd:innen und ihre Verbündeten wollen dort für ein föderalistisches Modell für das Land eintreten: «Wir haben unter dem Baath-Regime* Erfahrungen mit einem totalitären Zentralstaat gemacht. Über 60 Jahre lang wurden nicht-arabische Minderheiten ausgegrenzt und marginalisiert», argumentiert Sanharib Barsoum, Ko-Vorsitzender der Syrischen Einheitspartei, die Mitglied der Autonomieverwaltung ist. Ein Bundesstaat wäre am besten geeignet, um die Rechte aller Gemeinschaften in allen Regionen zu gewährleisten.»

Für viele Bewohner:innen des Nordostens kommt es nicht in Frage, die so hart erkämpfte Autonomie aufzugeben. Auch wenn die Autonomieverwaltung, wie Thomas Schmidinger erinnert, nie die Unabhängigkeit angestrebt hat: «Sie haben sich immer als Teil Syriens betrachtet.»

Die Kurd:innen und ihre Verbündeten befürchten jedoch, dass sie unter die Kontrolle feindlicher Gruppen geraten könnten, wie etwa von Ankara unterstützte Gruppierungen, welche die kurdischsprachigen Minderheiten, die während des Krieges in den von ihnen kontrollierten Gebieten lebten, brutal misshandelt und ins Exil getrieben haben. «Unser Volk hat unter dem IS einen Völkermord erlitten und wir haben Angst, dass sich dieser unter einer Organisation, die zwar nicht denselben Namen trägt, aber die gleiche Ideologie hat, wiederholen könnte», sagt Sanharib Barsoum.

Unmittelbar hängt das Überleben der autonomen Region von den Kräfteverhältnissen vor Ort ab: der Fähigkeit der «Syrischen Demokratischen Kräfte», dem Vormarsch ihrer Feinde zu widerstehen, der Fähigkeit der autonomen Regierung, ihr Gebiet zu kontrollieren, und der Bereitschaft des Westens, ihre kurdischen Verbündeten zu unterstützen, die im Kampf gegen den IS eine Schlüsselrolle gespielt haben. In diesem Punkt versuchte der französische Aussenminister Jean-Noël Barrot bei seinem Besuch in Syrien am 3. Dezember 2024 zu beruhigen, indem er für eine «politische Lösung» mit den «Verbündeten Frankreichs, dem kurdischen Volk» plädierte.

Leila Karaman fordert ihrerseits mehr westlichen Druck auf die Türkei, damit die Kämpfe aufhören. In Qamischli, der Hauptstadt der autonomen Region, hofft man, einen Kompromiss zu finden: «Wir haben versucht, mit Baschar al-Assad zu verhandeln, ohne Ergebnisse zu erzielen, und wir werden auch mit dem neuen Regime verhandeln», sagt Sanharib Barsoum. «Alles, was die Zukunft Syriens betrifft, muss von allen Syrerinnen und Syrern entschieden werden und nicht nur von denen, die heute in Damaskus regieren.»

Lyse Mauvais und
Solin Muhammed Amin,
Journalistinnen, Qamishli (Syrien)*

* Dieser Artikel erschien auf Französisch am 14. Jänner dieses Jahres in «Reporterre», einer unabhängigen und werbefreien, frei zugänglichen französischen Internetzeitung für ökologische Anliegen (www.reporterre.net). Die Autorin hat ihn uns freundlicherweise auch für den Archipel zu Verfügung gestellt.

1. Aus Angst, dass sein Dorf irgendwann unter die Kontrolle einer pro-türkischen Fraktion geraten könnte, bat uns Abu Dals-hir, ein Pseudonym zu verwenden.
2. Diese Konstellation von oppositionellen Gruppierungen, die von der Türkei unterstützt und teilweise bewaffnet werden und sich gegen Baschar Al-Assad richteten und die Kurden angreifen, wird unter dem Namen «Syrische Nationale Armee» (SNA) zusammengefasst.
3. Der Name Rojava bezieht sich auf das historische syrische Kurdistan. Zu Beginn des Krieges bezog sich die Autonomie vor allem auf den äussersten Norden des Landes, der überwiegend von Kurden bewohnt wird, daher der Name. Als sich die autonome Region nach Süden und Westen ausdehnte, versuchten ihre Führer, sich von diesem Etikett zu lösen, das von einigen als zu kurdisch angesehen wurde.
4. Hayat Tahrir al-Sham (Komitee zur Befreiung der Levante bzw. auch Organisation zur Befreiung Syriens), eine dschihadistische Nachfolgeorganisation der Jabhat al-Nosra-Front, brach 2017 formell mit Al-Qaida. Vor der Eroberung von Damaskus kontrollierte die Bewegung unter der Führung von Ahmad al-Sharaa (besser bekannt unter seinem Kampfnamen al-Jolani) die Provinz Idlib, die letzte Hochburg der syrischen Opposition im Land, mit etwa 3 Millionen Einwohner:innen (darunter 2 Millionen Vertriebene).

Archipel
Monatszeitung des
Forum Civique

Schweiz:
Postfach 1115,
CH-4001 Basel
Tel: 0041/61 262 01 11
ch@forumcivique.org

Österreich:
Lobnik 16
A-9135 Zeleзна Kapla
Tel: 0043/42 38 87 05
at@forumcivique.org

Deutschland:
Hof Ulenkrug, OT Stubbendorf
D-17159 Dargun
Tel: 0049/39 959 23 881
de@forumcivique.org

Frankreich:
St. Hyppolite
F-04300 Limans
Tel: 0033/4 92 73 05 98
fr@forumcivique.org

Ukraine:
vul. Peremogi 70
UKR-90440 Nischnje Selischtsche
Tel: 00380/31 42 512 20
ua@forumcivique.org

Nachruf auf Danilo Gay

Danilo Gay ist am 3. Januar 2025 in Lausanne 81-jährig verstorben. «Even dead he is still organising donations for us in Sarajevo», sagte Ines Tanović von der Hilfsorganisation Kompas aus Sarajevo an der Beerdigung von Danilo, die im kleinen Tal «Vallée de Joux» stattfand, von wo er stammte.

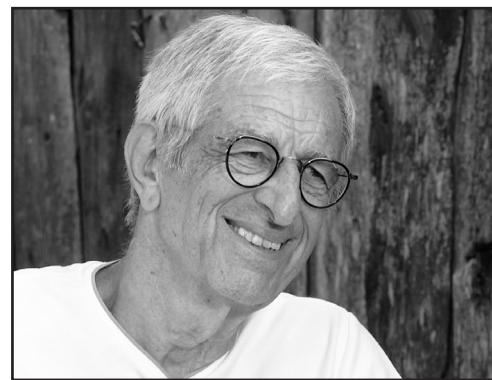
Das kleine 1900-Seelen-Dorf wurde regelrecht überrannt; es kamen an die 400 Menschen von Nah und Fern. Danilo war gut vernetzt und wurde enorm geschätzt und geliebt. Die Kirche war gerammelt voll. Da war natürlich die zahlreiche Familie und die vielen Menschen aus allen Lebensphasen von Danilo – darunter viele Menschen mit Migrationshintergrund und deren Kinder.

Er wuchs in einfachen Verhältnissen in einer grossen Familie auf. Sein Vater war Uhrmacher, wie viele in dieser Region. Weil er in der Schule durch gute Leistungen auffiel, machte er eine kaufmännische Lehre bei der Kantonbank, wo er ebenfalls Erfolg hatte. Allerdings fehlte ihm bei der Arbeit ein tieferer Sinn; er fühlte sich zu etwas ganz Anderem berufen. Mehr und mehr zog es ihn in missionarische Tätigkeiten, die ihn und seine Frau Lisette aus Genf in die weite Welt führten. So wurde er in vielen Ländern tätig. In den 1970er Jahren verbrachte er längere Zeit mitsamt seiner Familie als Missionar im Kongo und danach viele Jahre in Quebec. Später war er auch in Russland aktiv.

In der Zeit seiner Pensionierung fand er zu einer neuen Aufgabe: Lisette und er entschieden sich, ihre Lebensenergie fortan zu einem grossen Teil für Migrant:innen aufzubringen. So kam es, dass Danilo eine ehrenamtliche Arbeit als Spendenbeschaffer für die ARAVOH¹ in Vallorbe begann. Vallorbe ist eine kleine Ortschaft, wo ein Erst-Empfangszentrum für Asylsuchende des Bundes steht. Die ARAVOH koordiniert die zahlreichen ehrenamtlichen Freiwilligen, die versuchen, den tristen Alltag der Asylsuchenden etwas menschlicher zu gestalten.

Im November 2019 besuchten er, seine Frau Lisette, ihre Tochter Joëlle und Enkel Samuel eine Informations-Veranstaltung, die wir im Rahmen vom Europäischen Bürger:innen Forum in Bern organisiert hatten. Drei junge aktive Frauen aus Bosnien und Kroatien kamen und berichteten über die Gräueltaten, die den Geflüchteten in dieser Gegend angetan werden. Sie berichteten über hunderte Push-Backs, die im Auftrag der Festung Europa durch die kroatische Grenzpolizei stattfinden. Unsägliche Gewaltanwendungen und Erniedrigungen der Schutzsuchenden sind hier an der Tagesordnung. Bosnien-Herzegowina wurde dadurch seit 2015 und der de facto-Schliessung des Schengenraums zum neuen Durchgangs- und Lebensort für Tausende von Geflüchteten. Danilo, Lisette, Joëlle und Samuel waren so empört und berührt, dass sie entschieden, sich persönlich mit der Lage dort auseinanderzusetzen und reisten kurzum hin. Während dieser ersten Reise machte Danilo eher zufällig Bekanntschaft mit Ines Tanović von der Hilfsinitiative Kompas²; eine starke Freundschaft sollte daraus entstehen. Fortan sammelten er und seine Nächsten mehrere zehntausend Franken für die neu geschaffenen Anlaufstellen für Geflüchtete in Sarajevo und Bihać von Kompas. Danilo war unermüdlich, um neue Kreise für die Unterstützung dieser Arbeit zu finden.

Das aussergewöhnlichste Ereignis in diesem Zusammenhang, an das ich mich erinnern kann, ist ein Solidaritäts-Bankett, das er in der Militärkaserne von Bière im Kanton Waadt organisierte. In einem gediegenen Ambiente, in der von Wappen und altertümlichen Waf-



fen geschmückten Offiziersmensa, wurde uns ein mehrgängiges Spitzenmenü von einem bekannten, begnadeten Koch und einem Freiwilligenheer aufgetischt. Die meisten Anwesenden befanden sich sicher zum ersten Mal in einem derartigen Raum. Der beachtliche Gewinn des Anlasses ging natürlich an Kompas und andere Hilfsinitiativen in Bosnien.

Danilo war unermüdlich in seinem Engagement und konnte sogar noch, nach Bekanntwerden seiner Krankheit, das Fortbestehen seiner Arbeit aufgleisen; seine Tochter Joëlle und andere werden sein Werk fortsetzen. Die nächste Solidaritäts-Delegation wird sich jetzt Anfang Februar nach Bosnien-Herzegowina begeben.

In der Todesanzeige rief die Familie dazu auf, statt mit Blumen des Verstorbenen zu gedenken, Spenden auf das Konto des Vereins «Aide aux migrants en Bosnie»³ zu überweisen. Danilo wird uns fehlen; seine unerschütterliche Energie, sein liebevolles Wesen, vereint in seinem zutiefst humanen und politischen Engagement.

Claude Braun

PS. Ende 2023 führte der bekannte pensionierte TV-Moderator Jean-Philippe Rapp ein berührendes Interview mit Danilo vor einer Alphütte in der Vallée de Joux. Hier finden Sie es: www.valtv.ch/danilo-gay

1. ARAVOH, Association auprès des Requérents d'Asile Vallorbe (Ecuménique et Humanitaire)

2. Die zivilgesellschaftliche Initiative Kompas in Sarajevo versorgt seit 2016 tausende Menschen, die sich auf der Flucht auf der Balkanroute befinden mit den notwendigen Lebensmitteln, Wäsche, Schlaf- und Duschmöglichkeit. Auch juristische Hilfe wird angeboten. Siehe Artikel «Fegefeuer für Unerwünschte» von Ines Tanović im Archipel Nr. 336, Mai 2024.

3. Sie können sich gerne daran beteiligen: «Aide aux migrants en Bosnie», Avenue de Préfaully 15a, 1022 Chavannes-près-Revens, IBAN : CH74 0900 0000 1642 4290 0.

BUCHTIPP

Wege zur Kreativität

Nachdem wir den Artikel über die Verdingkinder in der Schweiz und die Erzählungen von zwei Betroffenen publiziert haben, machte uns eine Leserin auf folgendes Buch aufmerksam: «Überleben – über Leben» – Wege zur Kreativität. Über Arbeiten von und mit Betroffenen fürsorgetischer Zwangsmassnahmen.

Das 2022 erschienene Buch geht von einer zweieinhalbjährigen Gruppenarbeit mit Betroffenen aus, mit dem Ziel, dass sie sich selber in der Öffentlichkeit äussern. Elisabeth von Salis hat die Gruppe in ihrer Funktion als Psychoanalytikerin und Gruppenkoordinatorin begleitet. Das Projekt erreicht seinen Höhepunkt mit einer Ausstellung der Arbeiten der Betroffenen und verschiedenen Aktionen in der Roten Fabrik Zürich, Ende Mai 2018. Im Buch enthalten sind Fotos der Ausstellung von Marion Strunk sowie

Stellungnahmen der Betroffenen. Anke Ramöller, Germanistin und Theologin, verfasst unter dem Titel «Der tumbe Parzival» ihre Gedanken, Erlebnisse und Ideen zu ihrer Gesprächsrunde, welche sie an der Ausstellung geführt hat. Der Historiker Thomas Huonker stellt das Projekt in einen historischen, sozialen und gesellschaftlichen Kontext mit dem Titel: «Zwangsmassnahmen und Diskriminierung versus Ausgleich und Menschenrechte in der Armuts- und Sozialpolitik der Schweiz von 1800 bis heute.»

Elisabeth von Salis, Marion Strunk, «Überleben – über Leben» – Wege zur Kreativität. Über Arbeiten von und mit Betroffenen fürsorgetischer Zwangsmassnahmen, erschienen 2022 im LIT Verlag Wien, Zweigniederlassung Zürich